

# Der Osten: eine west- deutsche Erfindung

dirk oschmann

Mit  
einem neuen  
Vorwort



ullstein

ullstein 

Seit 1990 macht der deutsche Osten die Erfahrung, von der Gestaltung unserer Demokratie ausgeschlossen zu sein. Es gibt zwar formale, aber nur wenige reelle Chancen auf Teilhabe, Repräsentativität, Einstieg oder gar Aufstieg in gesellschaftlich relevante Teilsysteme, von Macht, Geld und Einfluss ganz zu schweigen. Der Anteil Ostdeutscher in Spitzenpositionen in Wissenschaft, Verwaltung, Jurisprudenz, Medien und Wirtschaft beläuft sich selbst Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung auf durchschnittlich 1,7 Prozent – ein erschreckender Beleg für die Ungleichheit und systematische Benachteiligung der Ostdeutschen. Noch heute fehlen vielen von ihnen die Netzwerke, der Stallgeruch, die Verwandtschaft im Habitus – mit einem Wort: alles, nämlich das kulturelle, symbolische, soziale und ökonomische Kapital.

In seinem persönlich geprägten, zornigen Text zeigt der Leipziger Germanist Dirk Oschmann, dass wir dringend etwas an der Konstruktion des Ostens durch den Westen ändern müssen. Nur dann wird es uns gelingen, die Demokratie als politisches System wie auch die Gesellschaft als soziales Gebilde in einer stabilen Balance zu halten.

DIRK OSCHMANN, geboren 1967 in Gotha, ist Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig. Sein FAZ-Artikel zum Thema dieses Buches stieß auf große bundesweite Resonanz. Von Dirk Oschmann erscheint in unserem Hause außerdem: *Friedrich Schiller. Eine kleine Werkschau.*

Dirk Oschmann

Der Osten:  
eine westdeutsche  
Erfindung

Ullstein

Eine Wahrheit kann durch Aufschreiben nicht verlieren.

**Hegel**

Alle verschwiegenen Wahrheiten werden giftig.

**Nietzsche**

Meinem Großvater  
Oskar Fischer (Wölfig 1917–1995)

und meinem Doktorvater  
Gottfried Willems (Biebernheim 1947 – Jena 2020)

zum Gedächtnis



## **Inhalt**

---

Vorwort	9
1. Welche Geschichte wollen wir erzählen?	14
2. Anfänge: Aller guten Dinge sind drei	26
3. Wer oder was bin ich?	44
4. Der »Osten«: Zuschreibungsspiele und Essentialisierungen	75
5. Der Osten des Ostens: Sachsen	124
6. Doppelmoral und Heuchelei	133
7. Störung und Verstörung: Reaktionen auf den FAZ-Artikel	140
8. Kunst im Osten: »Alles Gesinnung!«	156
8.1. Löschung des Textgedächtnisses	157
8.2. Löschung des Bildgedächtnisses	164
Probe aufs Exempel: Wolfgang Ullrich vs. Neo Rauch	167
9. Sprechen und Sprecher: »Jammern«	179
Literatur	202
Anmerkungen	206
Dank	222



## Vorwort zur Taschenbuchausgabe

---

Ein Buch muß die Axt sein  
für das gefrorene Meer in uns.

**Franz Kafka**

Im Jahr 2024 feiert Deutschland das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes. Deutschland? Genauer muss es heißen, dass der Westen das Grundgesetz feiert und den Osten zusehen lässt. Die stets westdeutsche Spitzenpolitik meint zwar, der Osten könne mitfeiern, weil er 1990 ja ebenfalls das Grundgesetz haben wollte. Darüber wird vergessen, dass es laut Artikel 146 eben dieses Grundgesetzes vorgesehen war, sich im Falle der Wiedervereinigung eine *gemeinsame neue* Verfassung zu geben. Daran bestand jedoch im Westen überhaupt kein Interesse. Man bevorzugte mit Artikel 23 den bequemen Weg des »Beitritts«. Dafür werden leicht durchschaubare »Begründungen« angeführt, wobei die wichtigste in Kurzform lautet, es sei für eine neue Verfassung keine Zeit gewesen. Aber der Westen wollte einfach nur Westen bleiben und hat überhaupt keinen Grund gesehen, trotz der durch den Mauerfall neu entstandenen globalgeschichtlichen Situation irgendetwas oder gar sich selbst zu ändern. Den Preis dafür, *damals* keine gemeinsame Sache auf Augenhöhe machen zu wollen, also eine wirkliche Wiedervereinigung der beiden Landesteile

anzustreben, beginnt er *heute* zu bezahlen, womit zugleich die Demokratie selbst auf dem Spiel steht.

Auch Jürgen Habermas, obwohl kein Freund des Ostens und wie viele andere Westlinke durchaus Skeptiker der Wiedervereinigung, war als Verfechter des Verfassungspatriotismus seinerzeit entschieden der Meinung, dass es einer neuen gemeinsamen Verfassung bedurft hätte, um künftigen Konfliktlagen vorzubeugen. Im Jahr 1991 kritisierte er die »fast hysterische Furcht vor einer Verfassungsdiskussion, die nach Art. 146 sogar verfassungspolitisch geboten war«.<sup>1</sup> Von heute aus betrachtet, zeugen seine Worte von großer Hellsicht, sofern er die negativen Folgen dieses Agierens schon vorhergesehen hat:

Die Verfassungsdiskussion ist als Hindernis für einen reibungslosen administrativen Vollzug betrachtet und beiseitegeschoben worden. [...] Aber ist es eigentlich unrealistisch, an das zu denken, was sich *mittelfristig* in der Münze von Bürgersinn und politischer Kultur – *und andernfalls in sozialen Polarisierungen auszahlt*? Für den eingetretenen Fall hatte das Grundgesetz einen institutionalisierten verfassungsgebenden Prozeß vorgesehen. [...] Ist es zu viel verlangt, daß man im Medium öffentlicher Kommunikation Anstrengungen unternimmt, damit eine aus so ungleichen Teilen zusammengesetzte *neue Bundesrepublik* im Bewußtsein ihrer Bürger *als etwas Gemeinsames* verankert – und nicht nur als Nebenprodukt der for-

cierten Herstellung eines erweiterten Währungsgebietes erfahren wird?<sup>2</sup>

Statt einer neuen gemeinsamen Verfassung gab es den Einigungsvertrag, den, wie es Habermas treffend formuliert, »Herr Schäuble in Gestalt des Herrn Krause mit sich selber abgeschlossen hat«, also einen Vertrag, der »als Ersatz dienen mußte für einen Gesellschaftsvertrag, den die Bürger zweier Staaten miteinander hätten aushandeln müssen, um die Bedingungen zu kennen, unter denen man füreinander einstehen will«.<sup>3</sup>

Anstelle des Gemeinsamen, das eine neue Verfassung grundsätzlich ermöglicht hätte, haben wir inzwischen manche jener sozialen und politischen Polarisierungen, vor denen Habermas so eindrücklich gewarnt hat. Die aus Gründen des schieren Machterhalts und des »rüden Wohlstands-Chauvinismus«<sup>4</sup> resultierende Weigerung des Westens, eine neue gemeinsame Verfassung auszuhandeln, war die Ursünde, war der erste zentrale und zugleich wegweisende Akt, den Osten von der Mitgestaltung dieser Demokratie radikal auszuschließen. Es folgten bis heute unzählige weitere in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Darum finden sich zum Beispiel fast nirgends Ostdeutsche in Führungspositionen – 35 Jahre nach dem Fall der Mauer. Der Osten soll mitfeiern, aber nichts zu sagen, nichts zu entscheiden, nichts zu gestalten haben, obwohl er ein Fünftel der Bevölkerung stellt.

Von diesen Asymmetrien, dieser Ungleichheit, diesem Unrecht handelt das vorliegende Buch – wie bereits